



Inhalt	Seite
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	27
– Regreßanspruch wegen fehlerhafter Buchungen	
– Verjährungsfragen (Änderung der Rechtsprechung)	
<b>Fehlerhafte Anlageberatung</b>	33
– Anlageempfehlung	
– Rentabilität einer Kapitalanlage	
<b>Haftung des Steuerberaters</b>	35
– Anlageberatung	
– Angebote deutscher Großbanken	
– Weiterführende Rechtsprechungshinweise	
<b>Berufshaftpflichtversicherung der Steuerberater</b>	39
– Zur Bindungswirkung des Haftpflichturteils im Deckungsprozeß	
– Anmerkung	
<b>Neueste Entscheidung des BGH</b>	43
<b>GI Leitsätze</b>	40



## Haftung des Steuerberaters

- Regreßanspruch wegen fehlerhafter Buchungen
- Verjährungsfragen (Änderung der Rechtsprechung)

(BGH, Urt. v. 27.11.1985 – IV a ZR 97/84)

### Leitsätze:

- a) Zur Substantiierungslast dessen, der Schadensersatz von seinem Steuerberater wegen fehlerhafter Buchungen fordert.
- b) Der Beginn der Verjährungsfrist des § 68 StBerG ist je nach Schadenart unterschiedlich; im Falle einer Betriebsprüfung steht erst mit deren Abschluß fest, ob es bei einer vermeidbaren Steuermehrbelastung bleibt, so daß erst dann der Schaden „entstanden“ ist im Sinne von § 68 StBerG (Abweichung vom Urt. v. 14.7.1982, VersR 1982, 1053; vgl. auch BGHZ 83, 17, 21).
- c) Bis zum Bekanntwerden des Senatsurteiles über die Belehrungspflicht (BGHZ 83, 17) verletzte ein Steuerberater seine Sorgfaltspflicht nicht schuldhaft, wenn er seinen Mandanten wegen Irrtums über seine Belehrungspflicht nicht auf die drohende Verjährung einer Schadenersatzforderung gegen sich selbst hinwies.

---

### Aus den Gründen:

#### Umfang der Darlegungen der Regreßforderung wegen fehlerhafter Buchungen

.....

- 2 a. Der Beklagte vermißt in der Darlegung des Klägers – und weiter im Sachverständigengutachten und im Berufungsurteil – Aufschluß darüber, welche Buchungen auf welche Weise zu welchen Differenzen geführt haben. Damit überspannt er die Substantiierungslast dessen, der Schadenersatz von einem Steuerberater insbesondere wegen fehlerhafter Buchungen fordert.

Über den Einzelfall hinausgehend kann zum Umfang der Darlegungslast allgemein kaum mehr gesagt werden, als schon vom Reichsgericht (RGZ 143, 57, 65) und vom Bundesgerichtshof (Urt. v. 16.5.1962 – VIII ZR 79/61 – LM ZPO § 282 Beweislast Nr. 12 = NJW 1962, 1394) gesagt worden ist. Gerade bei einer Schadenersatzforderung gegen einen Steuerberater infolge von nicht ordnungsmäßiger Buchführung darf aber nicht zu weitgehend

gefordert werden, daß jeder einzelne zum Schaden führende Vorgang, jeder konkrete Buchungsfehler nachvollziehbar zu bezeichnen und darzustellen ist, wie diese jeweiligen Geschäftsvorfälle hätten richtig gebucht werden müssen und zu Schaden geführt haben (so aber OLG Düsseldorf DStR 1981, 575 f.; der Senat hat seinerzeit Veranlassung gesehen, außer dem in DStR 1981, 575 Fn. 1 zitierten Satz aus seiner Begründung für die Nichtannahme darauf hinzuweisen, daß hier dahingestellt bleiben könne, „ob an die Darlegungslast... so hohe Anforderungen zu stellen sind, wie es das Berufungsgericht getan hat“). Vielmehr genügt für eine angemessene Verteidigungsmöglichkeit des Beklagten, daß der Kläger jedenfalls bei schon im System begründeten Buchführungsfehlern exemplarisch vorträgt (Senatsurteil vom 24. 2. 1982 – IV a ZR 296/80 unter 3. b) – VersR 1982, 496, 497 = NJW 1982, 1532). Das bedeutet, der Kläger hat eine für die Gesamtheit der Fehler stehende Auswahl so vorzutragen, daß der Gesamtvorwurf verständlich wird. Anderenfalls müßte er einem Journal ähnlich Buchungsvorgänge aufführen und sie außerdem erklären und richtigstellen, was gerade des Umfanges wegen zur Unverständlichkeit führen kann.

Hier hat der Kläger mit seinem Schriftsatz vom 19. Juni 1981 nebst Anlagen, nämlich insbesondere mit der Aufstellung seines Steuerberaters über die Umbuchungen, diese Anforderungen an die Substantiierung erfüllt. ...

### **Buchführungsfehler im einzelnen**

- 3a. Den Vorwurf, der Beklagte habe fahrlässig die Buchführungsfehler herbeigeführt, begründet das Berufungsgericht in mehrfacher Weise.

Mangels Trennung der Konten für die Kautions- und für eigene Umsätze sei schon das auf Veranlassung des Beklagten verwendete Buchungssystem nicht brauchbar gewesen.

Der Beklagte als Fachmann habe Grundaufzeichnungen des Klägers ohne diese Trennung nicht hinnehmen dürfen.

Er habe gegen das „**Belegprinzip**“ verstoßen, als er seine Buchungen lediglich auf mündliche Angaben des Klägers und nicht auf nachvollziehbare Buchungsbelege gestützt habe.

Er habe seine Konten nicht allmonatlich mit den PP-Agenturabrechnungen verglichen und danach abgestimmt. Diese habe er vom Kläger verlangen müssen. ...

### **Zur Darlegung der Ursächlichkeiten fehlerhafter Buchführungen für den Schaden**

- b. Zu der im Berufungsurteil ebenso ohne Rechtsfehler bejahten Ursächlichkeit der Buchungsfehler für den dem Kläger insgesamt entstandenen Schaden bemerkt die Anschlußrevision lediglich, die Kausalkette sei nicht lückenlos begründet. Auch das trifft nicht zu. Vielmehr vertritt der Beklagte hier wiederum die oben unter 2.a) abgelehnte Meinung, für jede einzelne Fehlbuchung müsse dargestellt sein, auf welche Weise gerade sie zu gerade dieser Differenz und damit zu genau welcher Steuermehrbelastung geführt habe.

.....

### **Verjährungsfragen**

- II. 2. Schadenersatzansprüche des Klägers, die erst nach dem 28. April 1978 „entstanden“ sind im Sinne von § 68 StBerG, können nicht verjährt sein.

#### **Unterbrechung der Verjährungsfrist mit Klageeinreichung am 28. 4. 1981**

Nach der Vollendung der Verjährung darf der Schuldner die Leistung verweigern, § 222 Abs. 1 BGB. Die Vollendung der Verjährung kann im vorliegenden Fall nur durch die mit der Klageerhebung bewirkte Unterbrechung gehindert worden sein, §§ 209, 217 BGB. Die am 28. April 1981 eingereichte Klage wurde schon sechs Tage später am 4. Mai 1981 zugestellt. Dieser Zustellungszeitpunkt ist „demnächst“ im Sinne von § 270 Abs. 3 ZPO. Deshalb muß die Unterbrechungswirkung rückbezogen werden auf den Zeitpunkt des Eingangs der Klage.

#### **Verjährungsbeginn: Unterscheidung nach Schadenart**

Bei der Beantwortung der Frage, wann für den Kläger Schaden entstanden ist, sind dem Tatrichter Rechtsfehler unterlaufen. Schaden ist dem Kläger in verschiedener Gestalt entstanden. Er hatte wegen der Differenzbeträge auf dem Kautionskonto ab dem Veranlagungszeitraum 1973 sonst vermeidbare, erheblich höhere Steuern zu zahlen. Dieser Steuermehrbetrag wurde durch die Ergebnisse der Betriebsprüfung zwar mit der Folge einer Steuerrückzahlung deutlich herabgesetzt. Er blieb aber als Restbetrag immer noch bestehen, weil die auch anlässlich der Betriebsprüfung nicht mehr aufklärbaren Differenzbeträge als Privatentnahmen und damit als zusätzlicher Gewinn behandelt wurden. Außerdem hatte der Kläger die er-

wählten im Endergebnis vermiedenen Steuer Mehrbeträge bis zum Zeitpunkt der Steuerrückzahlung aufzubringen, also mit der Folge des Entstehens von Zinsschaden zu finanzieren. Schließlich mußte er bei der Bezahlung seines neuen Steuerberaters Überarbeitungskosten aufwenden, die vermieden worden wären, wenn der Beklagte nicht fehlerhaft gearbeitet hätte. Vom Berufungsgericht ist nicht hinreichend erkannt worden, daß der Verjährungsbeginn je nach der Schadenart verschieden ist.

### **Verjährungsbeginn bei Steuer mehrbelastung (Änderung der Rechtsprechung)**

3. Die Steuer mehrbelastung ist für den Kläger entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts als Schaden endgültig erst mit der Schlußbesprechung der Betriebsprüfung am 31. März 1980 entstanden. Sein auf dieser Belastung beruhender Schadenersatzanspruch kann deshalb nicht verjährt sein. Insoweit ist der vorliegende Fall mit demjenigen vergleichbar, in dem grundlegend zur Außenprüfung (Betriebsprüfung) entschieden wurde (BGHZ 73, 363, weiter dazu Ur. v. 18. 6. 1979 – VII ZR 257/78 – LM StBerG Nr. 9 = NJW 1979, 2211). Bis zum Abschluß dieser Prüfung ist immer noch möglich, daß die Steuer mehrbelastung gänzlich vermieden, jedenfalls herabgesetzt wird; das wird hieran dem im Prüfungsbericht als gewinnminderndes Ausfallrisiko anerkannten Betrag von immerhin 42.000,- DM besonders deutlich. Ob als Ergebnis einer solchen Prüfung die Steuerbelastung endgültig heraufgesetzt oder aber endgültig herabgesetzt wird, ist für die Frage der Endgültigkeit des Schadens gleichgültig: In beiden Fällen ergibt sich erst aus der endgültigen Festsetzung der Steuerbelastung aufgrund der Prüfung, daß und welche Fehler des Steuerberaters zur (erstmaligen oder verbliebenen) vermeidbaren Steuer mehrbelastung geführt haben. Diese Besonderheit der Schadenentstehung ist bei der Verjährung von Ansprüchen gegen Steuerberater zu berücksichtigen (vgl. zu den aus der regelmäßigen Durchführung der Besteuerung folgenden Besonderheiten außerdem das Senatsurteil vom 6. 2. 1985 – IV a ZR 82/83 – VersR 1985, 571, 572 = NJW 1985, 1964, 1965 jeweils re. Sp. = GI 20/85). Soweit den Senatsurteilen vom 20. Januar 1982 und 14. Juli 1982 (IV a ZR 134/80 und 10/81 – BGHZ 83, 17, 21 = ZIP 82, 451 mit Anm. Gräfe = GI 08/82 und VersR 1982, 1053) eine andere Auffassung zu entnehmen ist, hält der Senat hieran nach nochmaliger Prüfung nicht fest. ...

### Verjährungsbeginn: Überarbeitungskosten

4. Ebensovienig ist die Schadenersatzforderung des Klägers verjährt, soweit er Überarbeitungskosten verlangt. Das ergibt die bisherige Rechtsprechung des erkennenden Senats (Urt. v. 24. 2. 1982 – IV a ZR 296/80 – GI 11/82 = LM StBerG Nr. 17 = VersR 1982, 496 = NJW 1982, 1532 und vom 6. 2. 1985 – IV a ZR 82/83 – GI 20/85 = VersR 1985, 571 = NJW 1985, 1964). Muß die fehlerhafte Buchführung oder die sonstige Arbeit des früheren steuerlichen Beraters überprüft und korrigiert werden, um steuerliche Nachteile zu vermeiden oder herabzusetzen, dann entsteht der Schaden erst in dem Zeitpunkt, in welchem die Korrekturkosten für den Steuerpflichtigen notwendigerweise anfallen. Hier ist unstreitig, daß sämtlichen vom Kläger geltend gemachten Honorarkosten des späteren Steuerberaters Rechnungen zugrunde liegen, die erst **ab Mai 1979** – also in unverjährter Zeit **erstellt** worden sind.

Für die Höhe dieser Teilforderungen gilt das unter II. 3. Ausgeführte entsprechend. Auch hier hat der Kläger dem Sachverständigen folgend die Überarbeitungskosten von 31.564,- DM um 7.564,- DM auf 24.000,- DM herabgesetzt. ...

### Verjährungsbeginn: Zinsschaden

5. Bei der Frage, wann für den Zinsschaden Verjährung eingetreten ist, muß differenziert werden. Dieser Schaden ist jeweils schon in dem Augenblick eingetreten, in welchem der Kläger fortlaufend in Höhe des Zuvielbetrages an Steuern bei dessen Finanzierung Zinsen **aufwenden mußte** (vgl. den Fall BGHZ 83, 17 = GI 08/82). Mit der Klage hat der Kläger insgesamt 44.449,84 DM an Zinsaufwand in den Jahren 1975 bis 1980 geltend gemacht. Von diesem Betrag entfallen auf die Jahre 1978 bis 1980 mehr als die Hälfte (24.223,57 DM). Danach ist wahrscheinlich gut die Hälfte des Zinsaufwandes in der unverjährten Zeit **ab 28. April 1978** angefallen. Auch hier gelten im übrigen die Ausführungen zur Höhe wie unter II. 3.

Dagegen ist für den Zinsaufwand – oder Zinsverlust – bis zum 28. April 1978 die Verjährung eingetreten. Für diesen Teilbetrag stellt sich die Frage, ob dem Beklagten als zumindest fahrlässig anzulasten ist, daß er es unterlassen hat, den Kläger rechtzeitig auf die Schadenersatzforderung gegen sich selbst und deren drohende Verjährung hinzuweisen. ...

**Keine Belehrungspflicht des Steuerberaters bis zur Veröffentlichung des BGH Urteils vom 20. 1. 1982 (GI 8/82 = ZIP 82, 451 mit Anm. Gräfe = BGHZ 83, 17)**

Seit Ende 1977 bis zum Bekanntwerden des Senatsurteils wurde die Belehrungspflicht danach von allen veröffentlichten Gerichtsentscheidungen verneint, nur in einer von vielen Fachzeitschriften erkennbar behandelt und lediglich von einer Stimme der Literatur gegen die übrigen Autoren mit gewissem Vorbehalt bejaht. Hinzu kommt, daß dieses sich erst entwickelnde Problem nicht etwa die eigentliche berufliche Tätigkeit des Steuerberaters betrifft, sondern seine Haftpflicht dafür. Unter diesen Umständen ist es schon fraglich, ob dem Steuerberater vorzuwerfen ist, daß er in diesem Zeitraum das Problem nicht gesehen hat. Jedenfalls aber verletzte er seine Sorgfaltspflicht nicht, wenn er trotz Kenntnis die Belehrungspflicht verneinte. An einen Steuerberater können in dieser Hinsicht nicht die gleichen Anforderungen gestellt werden wie an einen Rechtsanwalt (Senatsurt. v. 14. 7. 1982 – IV a ZR 10/81 – VersR 1982, 1053 a. E.). ...

**Erhebung der Verjährungseinrede und unzulässige Rechtsausübung?**

Schließlich ist die Frage, ob in dieser Situation die Erhebung der Verjährungseinrede unzulässige Rechtsausübung ist, ebenfalls zu verneinen. Allerdings kann auch unabsichtliches, also schuldloses Verhalten des Schuldners, das dem Gläubiger verständigen Anlaß für die Annahme bietet, der Schuldner werde seinen Anspruch nur mit sachlich-rechtlichen Einwendungen bekämpfen, einer späteren Berufung auf die Verjährung entgegenstehen (RGRK/Johannsen, 12. Aufl. § 222 Rdn. 11; Staudinger/Dilcher, 12. Aufl. § 222 Rdn. 18 ff., jeweils m. w. N.). Immer aber muß der Vorwurf des treuwidrigen Verhaltens erhoben werden können, wenn in diesem Zusammenhang unzulässige Rechtsausübung bejaht werden soll; die reine Kausalität des Schuldnerverhaltens für das Verstreichen der Verjährungsfrist reicht nicht aus (Staudinger/Dilcher, aaO Rdn. 21; RGRK/Johannsen, aaO Rdn. 14). Dafür, daß dem Beklagten irgendein solches Verhalten vorzuwerfen ist, geben die bisherigen Feststellungen und der Parteivortrag keinen Anhaltspunkt. Die objektive Pflichtwidrigkeit allein kann nicht ausreichen. Anknüpfungspunkte für sich aufbauendes Gläubigervertrauen sind nicht gegeben, wenn der Schuldner (abgesehen von dem Sonderfall der Verwirkung) überhaupt nichts tut und der Gläubiger seinerseits auch kein irgendwie geartetes anderes Verhalten erwartet, sich also auch nicht auf das Nichtstun verläßt. Zumindest muß für denjenigen, dem unter Hinweis auf unzulässige Rechtsausübung die Berufung auf die Verjährungseinrede verwehrt werden soll, erkennbar sein, daß sein bisheriges Verhalten bei seinem Gegenüber ein Folgen auslösendes Vertrauen begründen kann. ...



## **Fehlerhafte Anlageberatung**

- Anlageempfehlung
- Rentabilität einer Kapitalanlage

(BGH, Urt. v. 18. 9. 1985 – IV a ZR 199/83; 1. Revisionsentscheidung: BGH, Urt. v. 21. 4. 1982 – IV a ZR 291/80, GI 14/82 = BGHZ 83, 328 = NJW 1982, 1866 = WM 1982, 743 = ZIP 1982, 846 = DB 1982, 1452 = LM (II) § 432 BGB (I) m. Anm. Dehner)

### **Leitsätze (d. Verf.):**

1. Nur wenn der Steuerberater eine Vermögensanlage empfiehlt, ist er zu dem Hinweis verpflichtet, daß er sie selbst nicht geprüft hat.
  2. Zum Interesse des Anlegers an der Rentabilität einer Kapitalanlage.
- 

### **Aus den Gründen:**

#### **1. Empfehlung einer Kapitalanlage**

Nur dann, wenn der Beklagte zu 2) dem Kläger die Vermögensanlage empfohlen hat, war er auch zu dem Hinweis verpflichtet, daß er sie selbst nicht geprüft hatte. Sollte er dagegen, wie die Beklagten vortragen, trotz der Bitte des Klägers die Empfehlung einer bestimmten Vermögensanlage abgelehnt und lediglich auf dessen Drängen die Frage, welche steuerbegünstigte Anlage er selbst gewählt habe, wahrheitsgemäß beantwortet haben, so würde man ihm nicht den Vorwurf der schuldhaften Vertragsverletzung machen können. ...

#### **2. Rentabilität einer Kapitalanlage**

Die Revision bekämpft ferner die Annahme des Berufungsgerichts, ein Anleger sei an der Rentabilität seiner Kapitalanlage interessiert. Sie meint: Durch die Beteiligung an einer Abschreibungsgesellschaft könne man keine Steuern „sparen“; man könne hierdurch lediglich eine bestehende Steuerlast vor sich herschieben. An einer Rentabilität der Anlage sei der Anleger gerade nicht interessiert, weil dies zu einer erhöhten Steuerbelastung führen müsse. Diese Ausführungen sind nicht in jeder Hinsicht zutreffend. Ein vernünftiger Anleger wird sich bei seiner Entscheidung von dem Streben nach einem möglichst hohen Nettoeinkommen leiten lassen.

Er wird daher bemüht sein, ein möglichst hohes Bruttoeinkommen mit einer möglichst geringen Steuerbelastung zu verbinden. Aus diesem Grunde wird er bei der Entscheidung über eine ihm vorgeschlagene Vermögensanlage sowohl die zu erwartende Rendite als auch die mit der Anlage verbundenen Steuervorteile in Betracht ziehen. Es ist demnach nicht richtig, wenn die Revision meint, eine Rentabilität der Anlage wäre für den Anleger nicht von Nutzen gewesen, weil sie zu einer höheren Steuerbelastung geführt hätte.

Dagegen spricht bereits der Umstand, daß im Prospekt eine hohe Rendite in Aussicht gestellt worden war. Entscheidend kommt es auf das Verhältnis von Bruttoeinkommen und Steuerbelastung an. Eine Steuerersparnis ist kein wirtschaftlicher Vorteil, wenn sie mit einer Einkommensminderung (z. B. einem Verzicht auf eine Kapitalrendite) erkaufte wird, die höher ist als der steuerliche Vorteil.

Richtig ist, daß Abschreibungsvergünstigungen die Steuerpflicht nicht aufheben, sondern nur zeitlich verschieben. Auch das kann u. U. zu einer absoluten Verminderung der Steuerlast führen, nämlich dann, wenn der Marginalsteuersatz in dem späteren Steuerjahr niedriger ist als in dem, in dem das Einkommen tatsächlich erzielt wurde; es kann aber auch umgekehrt sein. Auf jeden Fall begründet die Hinausschiebung der Steuerzahlung einen Liquiditäts- und Zinsvorteil; dies allein schon rechtfertigt vom Standpunkt eines vernünftigen Vermögensanlegers die Beteiligung an einer Abschreibungsgesellschaft; er kann vernünftigerweise nicht erwarten, daß er von der Steuerlast auf die Dauer verschont bleibe.

Nicht sinnvoll wäre es, den Versuch zu unternehmen, die Entstehung der zunächst nur hinausgeschobenen Steuerpflicht durch einen Einkommensverzicht zu verhindern; das könnte nur dann zu einem wirtschaftlichen Vorteil für den Steuerpflichtigen führen, wenn die Einkommensteuer und die von ihr abhängige Belastung 100 % des Einkommens übersteigen würden.

(Rechtsprechungsübersicht: Beratungspflichten bei Anlageberatung in diesem Heft, S. 37)

## Haftung des Steuerberaters

- Anlageberatung
  - Angebote deutscher Großbanken
  - Weiterführende Rechtsprechungshinweise
- (LG Tübingen, Urt. v. 20.12.1985 – 30448/85)

### Leitsätze (d. Verf.):

1. Ob ein Beratungsfehler vorliegt, kann nur aus dem Kenntnisstand und den Erwartungen im Zeitpunkt der Beratung beurteilt werden. Der Rat muß vor diesem Hintergrund sinnvoll und vertretbar gewesen sein.
2. Daß der Immobilienmarkt stagnieren und die am Immobilienmarkt erzielbaren Preise regional in weiten Bereichen zurückgehen werden, war 1979 nicht vorstellbar.
3. Zur Überprüfung der wirtschaftlichen Solidität einer Anlage durch den Steuerberater: Auf die Angebote zur Geldanlage durch deutsche Großbanken kann vertraut werden.

---

### Aus den Gründen:

#### 1. Zur Anlageberatung des Steuerberaters

Die Klägerin macht dem Beklagten zum Vorwurf, daß er ihr abgeraten hat, dem vorsichtigen, konservativen Modell ihres Anwalts, Schulden zu tilgen, zu folgen und eine gewinnorientierte Anlage der Gelder empfahl.

Aus heutiger Sicht wäre sie sicher nicht schlecht gefahren, hätte sie den anwaltlichen Rat befolgt. Dieser war aus heutiger Sicht sicher besser als die dann tatsächlich gewählte Anlage. Hierauf kommt es jedoch nicht an. Entscheidend ist der damalige Kenntnisstand. Nur auf dem damaligen Kenntnisstand und auf den damaligen Erwartungen konnte eine Beratung beruhen. Nur vor dem Hintergrund der damaligen Situation lassen sich auch schuldhaftige Beratungsfehler feststellen. Die damalige Situation, dies hat der Beklagte zutreffend dargestellt, war noch geprägt von starken Steigerungen der real verfügbaren Einkommen und einer starken Preissteigerungsrate. Nominale Werte verloren dadurch stark an Wert; dies führte zu einer allgemeinen Flucht in die Sachwerte. Daß der Immobilienmarkt stagnieren und die am Immobilienmarkt erzielbaren Preise regional in

weiten Bereichen sogar zurückgehen werden, war damals nicht vorstellbar. Vor dem Hintergrund einer auf diese Tatsache gestützten Zukunftsprognose war der damalige Rat des Beklagten zumindest sinnvoll und vertretbar. Die mit einer höheren Rendite stets verbundenen höheren Risiken schienen damals, als die Anlageentscheidung zu treffen war, vernachlässigbar gering. Andererseits war es aus damaliger Sicht sicher richtig, Schulden, die alleine durch den Verfall der Nominalwerte an realer Bedeutung verlieren, nicht vorzeitig zurückzuzahlen. Dies gilt zumal dann, wenn ein weiteres Ansteigen der verfügbaren Einkommen, sowohl nominal als auch real, erwartet wird.

Demnach war das vom Beklagten entwickelte Modell in sich schlüssig und sachlich richtig. Es bot den Vorteil der Wertbeständigkeit. Wertsteigerungen waren aus damaliger Sicht ebenso zu erwarten wie eine ausreichende Verzinsung. Mit den Ausschüttungen konnte der auf dem Hausgrundstück lastende Kredit der Sparkasse bedient und zum Teil getilgt werden. Die Ausschüttungen wären im Ergebnis gewissermaßen unversteuert geblieben, weil Verlustzuweisungen zu erwarten waren. Demgegenüber hätte die sofortige Tilgung des Kredits bei der Sparkasse allein durch die vorzeitige Rückzahlung zu Zinskosten gegenüber der Sparkasse geführt und sich damit nachteilig ausgewirkt. Insoweit ist auch aus heutiger Sicht sinnvoll, einen Kredit entweder nicht vorzeitig zu tilgen oder aber mit einem zinsgünstigeren Darlehen, etwa aus einem Bausparvertrag, selbst wenn dieser erst in einigen Jahren zuteilungsreif werden sollte, abzulösen. Auch aus heutiger Sicht, und erst recht aus damaliger Sicht, kommt hinzu, daß der reale Wert eines Kredits bei steigenden Einkommen und Preisen sinkt, was gegen die vorzeitige Rückzahlung eines Kredits spricht.

## 2. Zur Entwicklung des Anlageobjekts

Dem Beklagten kann die ungünstige Entwicklung des gewählten Immobilienfonds nicht angelastet werden. Die Klägerin trägt selbst vor, daß andere Immobilienfonds sich nicht als Flop erwiesen haben. Der Vortrag der Klägerin läßt eine Darlegung konkreter Tatsachen, aus denen sich ergeben könnte, daß der Beklagte schon damals die ungünstige Entwicklung der gekauften Fondsanteile habe vorhersehen müssen, vermissen. **Den Beklagten trifft keine Erfolgshaftung.**

### 3. Zur Prüfung der wirtschaftlichen Solidität der Geldanlage

Zwar trifft den Beklagten die Pflicht, wenn er eine bestimmte Geldanlage empfiehlt, diese nicht ungeprüft zu empfehlen, sie vielmehr auf ihre „Seriosität“ zu überprüfen. Die Klägerin trägt aber nicht vor, was der Beklagte konkret unterlassen haben soll.

Offenbar überschätzt sie die tatsächlichen Möglichkeiten eines einzelnen selbständigen Steuerberaters. Wenn eine seriöse Großbank wie die D-Bank AG, der weit mehr Möglichkeiten der Recherche und sicher eine bessere Marktkennntnis einschließlich Insiderkenntnissen zur Verfügung stehen, eben diese Anlage vermittelt, kann der Beklagte darauf vertrauen, daß dies nicht unbesehen geschieht.

#### Weiterführende Rechtsprechungshinweise:

Keine Auskunfts- und Beratungspflicht zur rechtlichen Gestaltung der Kapitalanlagegesellschaft

LG Koblenz,  
Urt. v. 17. 9. 1984,  
GI 15/85

Als Berater im Rahmen eines Firmenkaufs hat der Wirtschaftsprüfer darauf zu achten, daß verlässliches Zahlenmaterial für die Erwerbsentscheidung zur Verfügung steht. Können wegen der Kürze der Zeit keine geprüften Zahlen vorgelegt werden, so ist der Auftraggeber auf die mögliche Unzuverlässigkeit der vorhandenen Zahlen hinzuweisen.

OLG Frankfurt,  
Urt. v. 25. 10. 1978,  
Mittl. WPK 1980  
Nr. 86, 11 ff

Sind die Repräsentanten des Erwerbers im Bereich des Unternehmenserwerbs selbst erfahren, so trifft den Erwerber ein erhebliches Mitverschulden, wenn er wußte, daß keine geprüften Zahlen zugrunde lagen.

Wird ein Dipl.-Kaufmann und Steuerberater von einem Interessenten, der sich an einem Unternehmen beteiligen will, als Berater hinzugezogen und stellt er bei seiner Prüfung fest, daß in diesem Unternehmen keine ordnungsmäßige Buchhaltung vorhanden ist, so ist er verpflichtet, seinen Auftraggeber auf die sich hieraus ergebenden Bedenken hinzuweisen.

BGH,  
Urt. v. 25. 1. 1984  
WM 1984, 465  
= DB 84, 1138  
= GI 11/84  
= StB 84, 328  
= NJW 84, 2474 (I)  
= MDR 84, 650  
= WM 84, 465  
= BB 84, 653

Das gleiche gilt dann, wenn er feststellt, daß in dem zu beurteilenden Unternehmen kein Eigenkapital vorhanden ist.

Zur Schadenersatzpflicht eines Steuerberaters wegen unzureichender Beratung über die Risiken einer Beteiligung an einer Abschreibungsgesellschaft.

BGH,  
Urt. v. 9. 12. 1981  
WM 82, 128  
= DB 81, 484  
= DStR 82, 500

Zu den Prüfungspflichten eines von einem Mandanten wegen einer Anlageempfehlung um Rat gefragten Steuerberaters, insbesondere zu der Frage, inwieweit der eine Anlageempfehlung aussprechende Steuerberater das Beteiligungsangebot zuvor in rechtlicher Hinsicht prüfen und den Mandanten auf die Notwendigkeit hinweisen muß, das Beteiligungsangebot in rechtlicher Hinsicht durch einen Rechtsanwalt überprüfen zu lassen.

OLG Düsseldorf,  
Urt. v. 20. 6. 1985,  
GI 34/85

Eine objektive Pflichtverletzung des Steuerberaters liegt nicht allein darin, daß er einem Mandanten rät, Beteiligungen an Abschreibungsgesellschaften zu erwerben. Ein solcher Rat ist ein geeignetes Mittel zur Vermeidung der Steuerbelastung.

LG Aschaffenburg,  
Urt. v. 14. 12. 1984  
StB 85, 278

Konnten die Beteiligungen nicht voll aus ersparten Steuern finanziert werden, so rechtfertigt dies nicht ohne weiteres die Annahme, daß der Rat zum Erwerb der Beteiligung falsch gewesen sei.

Der Beteiligungsrat kann nur dann fehlerhaft sein, wenn im Zeitpunkt der Raterteilung aufgrund Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt es dem Steuerberater möglich gewesen wäre, abzuschätzen, daß auf der Seite des Mandanten in Zukunft keine Steuern anfallen, so daß durch Verlustzuweisungen ein zu vermindender Steuerbetrag nicht vorhanden ist.

## **Berufshaftpflichtversicherung der Steuerberater**

– Zur Bindungswirkung des Haftpflichturteils im Deckungsprozeß

– Anmerkung

(LG Hamburg Urt. v. 20. 6. 1985 – 72 O 320/84)

### **Leitsatz** (d. Verf.):

Es besteht keine Bindungswirkung des Haftpflichturteils im Deckungsprozeß gegen den Versicherer, wenn der Versicherungsnehmer ein rechtskräftiges Versäumnisurteil gegen sich ergehen ließ, ohne den Versicherer zu unterrichten.

---

### **Aus den Gründen:**

Zwar gilt grundsätzlich im Deckungsprozeß gegen den Haftpflichtversicherer die sog. Bindungswirkung eines Urteils im Haftpflichtprozeß. Im vorliegenden Fall greift diese Bindungswirkung jedoch nicht ein, vielmehr ist hier die Frage, ob und inwieweit Sch. (Steuerberater d. Verf.) gegenüber der Klägerin für bestimmte Schadenspositionen haftet, erneut zu prüfen („neu aufzurollen“), weil die Klägerin sich – da die Versicherung Sch.'s eine Pflichtversicherung war – auf § 158 c VVG stützt und stützen muß, nachdem Sch. unter Verstoß gegen seine Obliegenheiten aus § 5 AVB die Beklagte über die von der Klägerin erhobenen Ansprüche nicht unterrichtet und damit bewirkt hatte, daß die Beklagte sich an dem Haftpflichtprozeß vor dem Amtsgericht nicht beteiligen konnte und beteiligt hat.

Dieser Wegfall der sog. Bindungswirkung ergibt sich aus dem Zusammenwirken der §§ 158 d Abs. 2, 158 e Abs. 1 Satz 1 VVG in Verbindung mit der unstreitigen Tatsache, daß nicht nur Sch., sondern auch die Klägerin es unterlassen hat, die Erhebung der gegen Sch. gerichteten Zahlungsklage der Beklagten unverzüglich schriftlich anzuzeigen (§ 158 d Abs. 2 VVG). Die Folge des § 158 e Abs. 1 Satz 1 VVG (Neuaufrollung der Haftpflichtfrage) tritt zwar nur ein, wenn die Anzeigepflicht des § 158 d Abs. 2 VVG **schuldhaft** verletzt worden ist („unverzüglich“). Der anwaltlich vertretenen Klägerin kann jedoch der Vorwurf der Fahrlässigkeit nicht erspart werden.

Zur Anwendung von § 158 e Abs. 1 Satz 1 VVG ist zu bemerken:

Hätte die Klägerin der Beklagten die Erhebung der Klage gegen Sch. mit-

geteilt, so hätte die Beklagte – davon ist nach der Lebenserfahrung auszugehen – sich im amtsgerichtlichen Verfahren für Sch. gemeldet und damit das Ergehen eines Versäumnisurteils gegen Sch. verhindert.

**Anmerkung:**

Die Bindungswirkung entfällt nicht nur, wenn der Steuerberater ein Versäumnisurteil gegen sich ergehen läßt, sondern auch bei Hinnahme eines Vollstreckungsbescheides, ohne rechtzeitig Widerspruch eingelegt zu haben.

---

## GI Leitsätze

### 1. Schadenersatzanspruch wegen Sicherheitszuschlägen

- Kalkulationsdifferenzen
- Beweislast für Schaden

**Leitsätze** (d. Verf.):

- a) Entdeckt der Betriebsprüfer Unstimmigkeiten zwischen den verbuchten Umsätzen und denen, die anhand des Warenein- und Warenausganges zu erwarten waren (Kalkulationsdifferenzen), so ist die Umsatzermittlung durch externen Betriebsvergleich anhand der Richtsatzsammlung des Finanzamtes korrekt. Behauptet der Mandant im Rahmen eines Schadenersatzprozesses eine fehlerhafte Umsatzermittlung, so hat er die fehlerhafte Prüfung des Betriebsprüfers darzulegen und zu beweisen.
- b) Der Steuerberater ist nicht verpflichtet, ausgewiesene Umsätze seines Mandanten mit Richtsatzzahlen des Finanzamtes zu vergleichen. Die Behauptung des Mandanten, der Steuerberater hätte vor der Betriebsprüfung bereits auf „Schwachstellen“ hinweisen müssen, ist nicht hinreichend substantiiert.

(LG Düsseldorf, Urf. v. 17.9.1985 – 100 240/84)



## 2. Haftung des Steuerberaters

- Unterlassene Hinweise auf steuerliche Risiken bei Vorabausschüttungen
- Pflicht zur Anfrage beim Finanzamt?

### **Leitsätze** (d. Verf.):

- a) Wirtschaftsprüfer und Steuerberater haben die Interessen ihres Auftraggebers so wahrzunehmen, daß diese keinen Schaden erleiden.
- b) Sie haben sich laufend über die Entwicklung des Steuerrechts sowie die einschlägige Literatur und Rechtsprechung zu informieren.
- c) Bei einer vergleichsweise neuen gesetzlichen Regelung bzw. bei Fehlen einer klaren Aussage hinsichtlich einer bestimmten Frage, kann für den Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Anlaß bestehen, eine Auskunft über die zuständigen Veranlagungsbeamten darüber einzuholen, wie die Finanzverwaltung die Frage behandelt. Eine Pflicht zur Anfrage beim Finanzamt kann insbesondere dann bestehen, wenn zukünftige Entscheidungen des Mandanten hiervon abhängig sind.
- d) Bleiben Zweifelsfragen offen und bestehen Risiken für den Mandanten, so hat der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater ihn in umfassender Weise über die mögliche Rechtsauslegung und die in Frage kommenden Wege zu unterrichten und zu belehren. Alsdann ist es Aufgabe des Mandanten, als Auftraggeber selbst zu entscheiden, ob er das Risiko übernehmen will oder nicht.

(OLG Hamburg, Ur. v. 8.6.1982 – Az. 12 U 118/81)

### **3. Firma einer Steuerberatungsgesellschaft**

Die Firma einer Steuerberatungsgesellschaft darf außer der vorgeschriebenen Bezeichnung „Steuerberatungsgesellschaft“ entsprechend §4 GmbHG statt der Namen von Gesellschaftern beschreibende Zusätze enthalten, die dem Gegenstand des Unternehmens entlehnt sind. Die Zusätze dürfen jedoch weder die Wettbewerbsgleichheit innerhalb des Berufsstandes – etwa durch Hervorhebung von Spezialkenntnissen – in Frage stellen noch zur Irreführung des Publikums geeignet sein.

Der Firmenbestandteil „DTC Data-Tax-Control“ einer Steuerberatungsgesellschaft mbH ist nicht zu beanstanden, da ihm über den bloßen Hinweis auf den Gegenstand des Unternehmens hinaus keine besondere Qualifikation im Bereich der steuerberatenden Tätigkeiten zu entnehmen ist.

(OLG Frankfurt/M., Ur.t.v. 4.7.1985 – 6 U123/84 – nicht rechtskräftig, DB1986, 33; vgl. auch BGH, Ur.t.v. 14.3.1985, GI 1986, 22 zu Firmenzusatz „JUS“)

### **4. Honorarabsicherung durch Abtretung von Steuererstattungsansprüchen an Steuerberater**

Der geschäftsmäßige Erwerb und die geschäftsmäßige Einziehung von Erstattungs- oder Vergütungsansprüchen ist auch in den Fällen der Sicherungsabtretung nur Bankunternehmen gestattet.

(BFH, Ur.t.v. 23.10.1985 – VII R 196/82, DB 1986, 207)

## **Neueste Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Haftung des Steuerberaters**

- Zur Verkürzung der Verjährungsfrist in allgemeinen Auftragsbedingungen
  - AGB eines Treuhänders
- (BGH, Urt. v. 16.1.1986 – VII ZR 61/85)

### **Leitsatz:**

Die Klausel in einem von dem Treuhänder eines Bauherrenmodells verwendeten formularmäßigen „Treuhandauftrag“, wonach Ansprüche gegen ihn „nur binnen Jahresfrist nach Entstehung und Kenntnisnahme des Schadens, spätestens jedoch ein Jahr nach Beendigung des Treuhandauftrages, geltend gemacht werden können“, benachteiligt den einen Auftrag erteilenden Bauherrn entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen und ist daher unwirksam.

Das Urteil des BGH wird voraussichtlich im April-Heft von GI veröffentlicht werden.

© Gerling-Konzern  
Vertriebs-Aktiengesellschaft  
Abteilung Presse und Information  
Gereonshof, 5000 Köln 1  
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:  
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,  
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger  
schriftlicher Zustimmung.